

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Bau- und Vergabeausschuss führte seine 47. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 09.12.2009, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Holzweißig, Rathausstraße 1, Rathaus, Großer Sitzungssaal, von 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Armin Schenk

Mitglied

Klaus Hamerla
Bernd Kosmehl
Dieter Krillwitz
Dietmar Mengel
Dr. Horst Sendner

abwesend:

Mitglied

Mike Müller

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 09.12.2009, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Vorstellung der Prioritäten zum Verkehrsflächenvollausbau BE: Herr Przybylski, SBL Tiefbau	
4	Beratung und Empfehlung zum Investitionsplan 2010 BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen	
5	Dorferneuerungsplan-Fortschreibung für den OT Thalheim BE: Frau Winkler, SB Stadtplanung	Beschlussantrag 322-2009
6	Stellungnahme der Stadt Bitterfeld-Wolfen zum 2. Entwurf des	Beschlussantrag

	Landesentwicklungsplanes 2010 einschließlich Umweltbericht BE: Herr Herget, SB Stadtplanung	362-2009
7	Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 19/93 "Chemiepark Bitterfeld" zur Überschreitung der Baugrenze BE: Frau Dönnicke, SBL Stadtplanung	Beschlussantrag 366-2009
8	Antrag auf Vorbescheid der TMG Spedition GmbH zum Betreiben einer Baustoffrecyclinganlage im Ortsteil Bitterfeld. BE: Frau Dönnicke, SBL Stadtplanung	Beschlussantrag 372-2009
9	Sanierung Kindertagesstätte "Bussi Bär"	Beschlussantrag 361-2009
10	Ansatzserhöhung für die Bewirtschaftungsleistungen des Stadthofes gem. Satzung - Tiefbauverwaltung (541001) BE: Herr Arning, FBL Bauwesen	Beschlussantrag 374-2009
11	Vorstellung IBA Ausstellungskonzept 2010 BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen	
12	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
13	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
	Der Vorsitzende des Ausschusses eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Ortsbürgermeisterin des Ortsteiles Holzweißg, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Gäste. Er fragt, ob es Einwände gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung gibt. Das ist nicht der Fall. Daher stellt der Vorsitzende des Ausschusses die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Es sind sechs Ausschussmitglieder anwesend. Der Vorsitzende des Ausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest. stimmberechtigt: 6	
zu 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
	Herr Hermann erläutert, es wurden zwei Beschlussanträge nachgereicht. Der öffentliche Beschlussantrag 367-2009 kann nicht auf die Tagesordnung genommen werden. Darüber wird aber sicher im Rahmen des Haushaltes gesprochen. Der nicht öffentliche Beschlussantrag 377-2009 muss nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Beschluss: Die Tagesordnung wird bestätigt.	Ja 6 Nein 0 Enth 0 einstimmig beschlossen
zu 3	Vorstellung der Prioritäten zum Verkehrsflächenvollausbau BE: Herr Przybylski, SBL Tiefbau	
	Der Vorsitzende des Ausschusses dankt Stadtrat Dr. Sendner für seine Arbeit mit Herrn Przybylski bei der Erarbeitung der entsprechenden Prioritäten.	

	<p>Herr Przybylski erläutert, es gab hierzu verschiedene Erörterungen in der Verwaltung und ein längeres Gespräch mit Stadtrat Dr. Sendner. Dabei ist man die Parameter durchgegangen. Jetzt sind alle wichtigen Inhalte wiedergegeben. Die Übersicht ist überschaubar und vom Aufwand her erträglich.</p> <p>Man hat die zwei Koeffizienten mit der Kategorie und dem Zustand.</p> <p>Herr Przybylski gibt an, dass in der Stadt von 550 Straßen nur noch zwölf Straßen mit dem Zustand 5,0 bewertet sind.</p> <p>Die Aufteilung zwischen Kategorie und Zustand wurde nun mit 0,6 zu 0,4 vorgenommen.</p> <p>Er zeigt nun ein Bild der Straße „In den Pusseln“ als Extrembeispiel für den Zustand 5,0.</p> <p>Ähnlich ist das in der Jörichauer Straße. Da kommt aber noch eine starke Gefällestrecke hinzu.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses spricht die Mitglieder des Ausschusses an, ob es noch Fragen zur Herangehensweise oder zur Methodik gibt.</p> <p>Da das nicht der Fall ist, betrachtet er die Methodik insgesamt als akzeptiert.</p> <p>Er bittet darum, im neuen Jahr diese Liste den Mitgliedern zu übergeben, die dann als Beschluss im Ausschuss bestätigt werden könnte.</p> <p>Stadtrat Kosmehl bittet darum, das ins Internet zu stellen, dass man es sich schon vorher herunterladen kann.</p> <p>Stadtrat Dr. Sendner meint zu den gezeigten Bildern, dort ist keine Verkehrssicherheit mehr gegeben, ebenso wenig die Sicherheit der Bürger. Deswegen sollte man das jetzt bauen.</p> <p>Dabei sind die Belange des Abwasserzweckverbandes zu beachten. Dieser Gesichtspunkt spricht auch für den Ausbau der Jörichauer Straße.</p>	
zu 4	Beratung und Empfehlung zum Investitionsplan 2010 BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen	
	<p>Herr Hermann führt zunächst aus, dass in der Kopfzeile der Listen die zur Verfügung stehenden Mittel mit 1,7 Millionen € gestrichen werden sollen, die sind noch irrtümlicherweise aufgeführt.</p> <p>Der Bau- und Vergabeausschuss hat am 25.11. empfohlen, die Summe für den Ausbau der Jörichauer Straße einzustellen.</p> <p>Am 27.11. gab es ein Gespräch beim Innenminister des Landes, da wurden die Finanzsituation der Stadt und die möglichen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes erörtert.</p> <p>Aussage des Landes war, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen in den kommenden Jahren keine Investitionshilfe mehr bekommen wird. Grund hierfür ist aktuell die Bemessungsgrundlage mit dem Jahr 2008. Da war die Stadt eine der stärksten Kommunen, was das Steueraufkommen betrifft.</p> <p>Es wird auch keine zusätzlichen Mittel aus dem Finanzausgleichsstock geben.</p> <p>Laut Finanzausgleichsgesetz soll es weiter 7,8 Millionen € statt 2,4 Millionen € für die Stadt geben. Außerdem werden die Landkreise die Kreisumlage erhöhen. Das bedeutet etwa 4,8-5 Millionen € mehr.</p> <p>Man rechnet zum 1.1. mit einem Defizit von 36,1 Millionen €</p> <p>Der Haushalt 2009 wird mit circa -12 Millionen € abschließen.</p> <p>Alle im Jahr 2009 begonnenen Maßnahmen werden über Haushaltsermächtigungen fortgeführt. Die Eigenmittel müssten aus dem neuen Haushalt kommen.</p> <p>Es ist angedacht, dass die Mittelübertragungen zu Ungunsten des Abschlusses 2009 erfolgen.</p> <p>Einzige Einnahme für 2010 sind Mittel aus dem Grundstücksverkauf.</p>	

Gleichzeitig sollen die Ankäufe von Grundstücken reduziert werden.
In der Liste wurden Maßnahmen gestrichen, die nur mit Eigenmitteln finanziert werden sollten.

Für die Maßnahmen in der Bitterfelder Innenstadt ist vorgesehen, diese mit Eigenmitteln über das Treuhandkonto zu finanzieren.

Der Vorsitzende des Ausschusses erinnert daran, dass man auch für die Jahre 2011-2013 die Konsequenzen aus den Beschlüssen für 2010 erkennt. Die Liste hat man heute erhalten. Er konnte sie aber nicht so schnell überblicken.

Er sagt weiter, dass man hier Grundstückserlöse für Investitionen verwenden will, auf die man nur hoffen kann, da es zu den Grundstücksverkäufen noch keine Erklärungen gibt.

Eventuell kann man mit Sperrvermerken arbeiten, für den Fall, dass die Erlöse nicht wie erhofft kommen.

Herr Hermann führt aus, man hatte eine Stellungnahme erbeten, ob der Eigenanteil und die Beiträge noch kreditierbar sind. Die Stellungnahme liegt vor. Demnach ist diese Kreditierung auszuschließen, da die Finanzkraft der Stadt Kredite in keiner Weise möglich macht.

Bei Ausfall der Grundstückserlöse ist eine Finanzierung nur über Kassenkredit möglich.

Stadtrat Krillwitz kritisiert die kurze Vorbereitungszeit aufgrund der erst heute ausgereichten Listen. Das wenige Geld sollte man sinnvoll einsetzen. Die Grundstücksverkäufe sollten nicht um jeden Preis erfolgen.

Der Vorsitzende des Ausschusses sagt dazu, es geht dabei um definierte Grundstücksbereiche, die dem Bau- und Vergabeausschuss bekannt sind.

Stadtrat Kosmehl denkt, dass das keine Ausgangslage ist, wenn man das nur über Grundstücksverkäufe finanzieren kann. Aus seiner Sicht müssten die Stadträte eine Prioritätenliste machen, was unbedingt zu tun ist. Die Verwaltung hat dann die Umsetzung zu prüfen.

Der Vorsitzende des Ausschusses bittet nun darum, sich eine Meinung zum Ausbau der Thälmannstraße zu bilden.

Herr Hermann erklärt dazu, dass am 03.02.2010 die erste Lesung des Haushaltes erfolgen soll. Redaktionsschluss für den Haushalt ist Anfang Januar. Dafür sollte man eine Größenordnung festlegen.

Zur Thälmannstraße erläutert er, dazu gab es in der letzten Woche ein Gespräch mit dem Abwasserzweckverband. Es liegt auch ein entsprechendes Schreiben des Abwasserzweckverbandes dazu vor. Demnach lässt der Wirtschaftsplan des Abwasserzweckverbandes die Baumaßnahme Thälmannstraße nicht zu. Der Kostenansatz liegt bei 640 T€ Das ist für den Abwasserzweckverband nicht wirtschaftlich und nicht finanzierbar.

Stadtrat Dr. Sendner erinnert daran, dass bisher in Steinfurth-West wenig passiert ist.

Der Ansatz für die Jörichauer Straße wurde mit der Planung gefunden. Er ist davon ausgegangen, dass das 2010 aufgenommen wird.

Es müsste mindestens der erste Abschnitt mit 200 T€ bei einem Eigenmitteleinsatz in Höhe von 80 T€ möglich sein. Das hat für ihn Priorität. Außerdem hat der Bau- und Vergabeausschuss dazu in der letzten Sitzung einen Beschluss gefasst, da hat sich die Verwaltung daran zu halten.

	<p>Der Ausbau der Thälmannstraße hat für ihn nicht die höchste Priorität. Man sollte aber überlegen, ob man nicht einen Weg findet. Wenn allerdings der Abwasserzweckverband keine Möglichkeit sieht, wird das schwierig.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses fragt, ob es Fakt ist, dass der Abwasserzweckverband die 640 T€ nicht aufbringen kann und ob man das schriftlich hat.</p> <p>Beides bejaht Herr Hermann.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses denkt, dass man dann wenig Möglichkeiten hat, die Thälmannstraße zu realisieren.</p> <p>Da die Grundstücksverkäufe herangezogen werden sollen, sieht es schlecht aus, wenn diese nicht erfolgen. Aber gar nichts zu machen, ist auch nicht vertretbar. Daher sollte man von den angedachten 1,6 Millionen € die Hälfte festlegen und den Rest vorbehaltlich der tatsächlichen Einnahmen beraten. Er fragt, ob das für den 13.01.2010 reichen würde.</p> <p>Stadtrat Mengel erläutert, Redaktionsschluss für den Stadtrat ist der 18.01.2010</p> <p>Daher einigt man sich darauf, in der Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses am 13.01.2010 die Liste mit den 800 T€ und eine Liste mit 800 T€ vorbehaltlich der Einnahmen zu beraten.</p>	
zu 5	Dorferneuerungsplan-Fortschreibung für den OT Thalheim BE: Frau Winkler, SB Stadtplanung	Beschlussantrag 322-2009
	<p>Herr Rönnicke, Mitarbeiter des Sachbereiches Stadtplanung, erläutert den Sachverhalt. Demnach hat er diese Aufgabe von Frau Winkler übernommen. Der Beschlussantrag wurde im Ortschaftsrat Thalheim vorberaten. Dort wurde empfohlen, einen 17. Punkt aufzunehmen. Es sollte eine Bühne auf dem Festplatz zwischen ehemaliger Grundschule und der Turnhalle errichtet werden.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses betrachtet das als Wunschliste, wenn denn Mittel dafür da sind.</p> <p>Stadtrat Krillwitz stellt die Frage, ob man das aus der Stiftung zahlen kann. Es geht hier um cirka 2 Millionen € für alle Maßnahmen, das ist viel Geld.</p> <p>Aus Sicht des Vorsitzenden des Ausschusses ist die Stiftung hier eine sachfremde Erwägung.</p> <p>Außerdem gibt es die Fortschreibung der Dorferneuerung auch in Greppin und in Holzweißig. Im Übrigen dient auch die Fortschreibung den Einwohnern, dafür entsprechende Fördermittel zu erhalten.</p> <p>Die „Wunschlisten“ werden in Greppin und in Holzweißig ähnlich aussehen.</p> <p>Anschließend fragt der Vorsitzende des Ausschusses, wer für die Errichtung einer Bühne zwischen ehemaliger Grundschule und der Turnhalle auf dem Festplatz in der Mitte des Ortsteiles Thalheim als 17. Punkt ist:</p> <p>Ja: 4 Nein: 1 Enthaltungen: 1 Beschluss: Der Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt die Aufnahme des folgenden 17. Punktes: Zwischen der ehemaligen Grundschule und der Turnhalle soll eine Bühne für</p>	

	<p>den Festplatz errichtet werden.</p> <p>Abschließend verliest der Vorsitzende des Ausschusses den geänderten Beschlussantrag und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Der Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Beschlussantrag unter Aufnahme des folgenden 17. Punktes zu beschließen: Zwischen der ehemaligen Grundschule und der Turnhalle soll eine Bühne für den Festplatz errichtet werden.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 4 Nein 0 Enth 2</p>
zu 6	<p>Stellungnahme der Stadt Bitterfeld-Wolfen zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2010 einschließlich Umweltbericht BE: Herr Herget, SB Stadtplanung</p>	<p>Beschlussantrag 362-2009</p>
	<p>Der Vorsitzende des Ausschusses ist verwundert darüber, dass mit dem Punkt 2.1 begonnen wird und dann der Punkt 1.3 folgt.</p> <p>Laut Herrn Hermann betrifft der erstgenannte Punkt eine formale Angelegenheit. Der Rest bezieht sich auf inhaltliche Ausführungen.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses hat sich den Landesentwicklungsplan im Internet angeschaut. Da ist auch der Hochwasserschutz enthalten. Ihn interessiert, was in dem Landesentwicklungsplan zum Hochwasserschutz für Bitterfeld-Wolfen enthalten ist.</p> <p>Herr Hermann antwortet, der Landesentwicklungsplan legt Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete fest. Die Mulde ist Vorranggebiet und hat damit die höchste Stufe. Die Hochwasserschutzziele sind der regionalen Planungsgemeinschaft überlassen.</p> <p>Stadtrat Mengel verweist auf die Ziffer 01462 auf der letzten Seite der Stellungnahme. Bei der Aufzählung fehlt ihm der Kulturpalast, auch wenn der privat betrieben wird.</p> <p>Herr Herget sagt dazu, dort ist nur das Abwägungsergebnis vom Land dargestellt.</p> <p>Abschießend verliest der Vorsitzende des Ausschusses den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Der Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Beschlussantrag in der vorliegenden Form zu beschließen.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enth 0</p>
zu 7	<p>Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 19/93 "Chemiepark Bitterfeld" zur Überschreitung der Baugrenze BE: Frau Dönnicke, SBL Stadtplanung</p>	<p>Beschlussantrag 366-2009</p>
	<p>Stadtrat Mengel bittet bei solchen Genehmigungen darum auch darauf zu achten, dass bei Fahrzeuganlieferungen diese nicht zur Hauptverkehrszeit erfolgen können. Da sollte vielleicht mal das Ordnungsamt einschreiten.</p> <p>Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, verliest der Vorsitzende des Ausschusses den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p>	

	<p>Beschluss: Der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zur Überschreitung der Baugrenze im Bebauungsplan Nr. 19/93 mit einzelnen Fahrzeugen wird zugestimmt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enth 0</p>
zu 8	<p>Antrag auf Vorbescheid der TMG Spedition GmbH zum Betreiben einer Baustoffrecyclinganlage im Ortsteil Bitterfeld. BE: Frau Dönnicke, SBL Stadtplanung</p>	<p>Beschlussantrag 372-2009</p>
	<p>Stadtrat Dr. Sendner fragt zur örtlichen Einordnung, ob es dabei um die ehemaligen Steinzeugwerke geht.</p> <p>Frau Dönnicke bestätigt das.</p> <p>Stadtrat Dr. Sendner möchte weiter wissen, auf welcher Grundlage die Ablehnung erfolgen soll.</p> <p>Frau Dönnicke nennt hier den Immissionsschutz. Im Übrigen gehören lärmbelästigende Anlagen in den Außenbereich.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses stellt die Frage, ob sich der Landkreis über die Ablehnung der Stadt hinwegsetzen kann.</p> <p>Frau Dönnicke bejaht dies, wenn es unrechtmäßig ist.</p> <p>Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Ausschusses den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zum Betreiben einer Baustoffrecyclinganlage am Standort Brehnaer Straße 32 im Ortsteil Bitterfeld wird nicht erteilt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 5 Nein 1 Enth 0</p>
zu 9	<p>Sanierung Kindertagesstätte "Bussi Bär"</p>	<p>Beschlussantrag 361-2009</p>
	<p>Herr Herder verweist auf die Anlagen. Die Zahlen sind aus dem Jahr 2008. Herr Teichmann wollte ihm aktuellere Zahlen geben, die waren vom September und Oktober. Der Juli ist aber der Monat mit den höchsten Zahlen.</p> <p>Aus den Zahlen vom Juni ist erkennbar, dass keine Kapazitäten trotz Neubau „Traumzauberbaum“ mehr frei sind.</p> <p>Dieser Kapazitätsengpass ist nur durch die Wiederherstellung der Kindertagesstätte „Bussi Bär“ zu beseitigen.</p> <p>Herr Hermann berichtet, dass es dazu am 02.12.2009 eine Zusammenkunft gegeben hat. Es wurde ein Vorschlag für den Bau- und Vergabeausschuss erarbeitet, der drei Punkte beinhaltet.</p> <p>Es soll der vorhandene Standort erhalten bleiben. Ein Privatinvestor soll Vorrang erhalten, sofern es wirtschaftlich vertretbar ist. Außerdem soll eine Standortverlagerung des Kindertagesstättenneubaus zum Standort „Bussi Bär“ unter Aufrechterhaltung der Fördermittel des Landkreises geprüft werden.</p> <p>Der Antragsinhalt soll wie folgt aussehen: Die Kindertagesstätte wird saniert. Dabei sind die Maßnahmen auf den Erhalt des Gebäudes und die Weiternutzung als Kindertagesstätte abzustellen.</p>	

	<p>Zu der letzten Frage hat man bereits eine schriftliche Absage des Landkreises erhalten, aus der er auszugsweise verliest. Zu der privaten Maßnahme führt er aus, dass die Kommunalaufsicht der Meinung ist, dass einem kreditähnlichen Geschäft wie in diesem Fall nicht zugestimmt werden kann. Deswegen kommt wahrscheinlich eine Sanierung nur als Werterhaltung über den Ergebnishaushalt in Frage.</p> <p>Stadtrat Mengel berichtet aus der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Schulen, Bildung, Kinder, Jugendliche und Sport. Dort hat man den zweiten Satz des Antragsinhaltes gestrichen.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses verliest nun den von Herrn Hermann vorgetragenen neuen Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Der Bau- und Vergabeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Beschlussantrag mit folgendem Wortlaut zu beschließen: Die Kindertagesstätte wird saniert. Dabei sind die Maßnahmen auf den Erhalt des Gebäudes und die Weiternutzung als Kindertagesstätte abzustellen.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enth 0</p>
<p>zu 10</p>	<p>Ansatzserhöhung für die Bewirtschaftungsleistungen des Stadthofes gem. Satzung - Tiefbauverwaltung (541001) BE: Herr Arning, FBL Bauwesen</p>	<p>Beschlussantrag 374-2009</p>
	<p>Der Vorsitzende des Ausschusses fragt zu der Erhöhung in Höhe von 250 T€ wie das Geld eingespart werden soll. Außerdem verweist er auf den Wirtschaftsplan.</p> <p>Herr Arning gibt an, es gibt bei allen Positionen eine freie Spitze von 15 % in der Kalkulation. Das Leistungsvolumen des Sachbereiches Tiefbau wurde bei der Planung auf 955 T€ geschätzt. Wegen der Winterlage gab es allein im ersten Quartal Mehrausgaben in Höhe von 130 T€</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses denkt, dass die Personalkosten und die Sachleistungen beim Eigenbetrieb gleich bleiben. Deswegen will er wissen, wie sich die Änderung auswirkt.</p> <p>Laut Herrn Arning ist eine Handpflege aufwendiger bei der Unkrautbeseitigung als eine maschinelle Beseitigung.</p> <p>Herr Hermann ergänzt, dass es beispielsweise zu Mehrleistungen, also Mehrstunden, beim Winterdienst gekommen ist.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses hat hier trotzdem noch erhöhten Erläuterungsbedarf, dass muss im Stadtrat plausibel gemacht werden. Der Bau- und Vergabeausschuss kann sich derzeit keine Meinung bilden. Er verliest den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Aufgrund eines noch bestehenden hohen Erläuterungsbedarfes kann der Bau- und Vergabeausschuss keine Empfehlung an den Stadtrat geben.</p> <p style="text-align: right;">nicht empfohlen</p>	<p>Ja 0 Nein 0 Enth 6</p>

zu 11	Vorstellung IBA Ausstellungskonzept 2010 BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen	
	<p>Herr Herget stellt das Konzept anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Seit der letzten Woche liegt ein abgestimmtes Konzept vom IBA-Büro vor. Danach soll es drei Ausstellungen, zwei Festveranstaltungen, eine Werkstatt und ein Forum geben. Er zeigt nun eine Grafikfläche, wie sie am neuen Rathaus angebracht werden soll.</p> <p>Stadtrat Mengel sagt, von angesprochenen Projekten soll nur eins in Bitterfeld stattfinden, alles andere in Wolfen. Das ist für ihn nicht ausgewogen.</p> <p>Laut Herrn Hermann hat sich das im Laufe der Zeit so herauskristallisiert. Wäre die Modernisierung des Gebäudes 041 nicht gekommen, hätte man das sicher nicht so gemacht. Dadurch ist das in den Blick der IBA-Verantwortlichen gekommen, ohne dass die Verwaltung etwas gemacht hat. Außerdem verweist er auf ein entsprechendes Pendant am Stadthafen. Weiter erläutert er, dass dies hier Folgeveranstaltungen aus den Netzstadtforen sind, da ist der campus 041 zum Beispiel ein Schlüsselprojekt.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses schlägt vor, wenn die Eröffnung im neuen Rathaus stattfindet, könnte man vielleicht die Finissage im Ortsteil Bitterfeld durchführen, um den Bogen über die Stadt zu ziehen.</p>	
zu 12	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
	<p>Herr Hermann gibt bekannt, dass die Firma Aqua Domi mit den Planungen für das Hotel auf der Goitzsche weiter vorangeschritten ist. Er zeigt dazu die entsprechenden Vorstellungen. Man will im nächsten Jahr mit den Maßnahmen beginnen. Weiter zeigt er einen Plan vom Solar Valley zwischen der A 9 und einer vorhandenen Straße. Hier hat die BQP beantragt, einen Bebauungsplan zu erstellen. Der Bereich soll als Industriefläche ausgewiesen werden. 11,5 Hektar sind als Photovoltaikanlage angedacht, auf 6 Hektar soll ein Autohof angesiedelt werden. Die Planungshoheit liegt beim Zweckverband TechnologiePark Mitteldeutschland. Bei dem entsprechenden Ministerium wurde die Photovoltaikanlage vorgestellt. Danach kann die Ausweisung empfohlen werden.</p> <p>Frau Dönnicke zeigt einen Plan zu einer Anfrage des Architekturbüros Zimmermann. Danach will ALDI am real,- die Verkaufsfläche von 500 m² auf 800 m² erweitern. Laut Einzelhandelskonzept ist das als Ergänzungsstandort vorgesehen. Sie erachtet dies als zulässig, weil ALDI Nahversorger ist. Laut Einzelhandelskonzept soll der Ergänzungsstandort erhalten bleiben.</p> <p>Stadtrat Hamerla ist der Meinung, ALDI kann in den ehemaligen Baumarkt am real,- umziehen.</p> <p>Herr Hermann verweist ebenfalls auf die Leerflächen an dem Standort (ehemals Praktiker). Damit vergibt man sich die Chance, eine andere Leerfläche wieder zu beleben. Das Einzelhandelskonzept reicht als Begründung nicht aus. Deswegen hat man auch im letzten Stadtrat die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes</p>	

	<p>beschlossen. Wenn ALDI sich beeilt, ist der Bebauungsplan bis dahin noch nicht fertig.</p> <p>Der Vorsitzende des Ausschusses erklärt, man sollte das selbst gestellte Ziel, also das Einzelhandelskonzept, nicht aufgeben.</p> <p>Stadtrat Mengel ist für die Erweiterung.</p> <p>Stadtrat Krillwitz ist gegen die Erweiterung.</p> <p>Stadtrat Dr. Sendner plädiert für die Erweiterung.</p> <p>Stadtrat Kosmehl ist dagegen.</p> <p>Stadtrat Krillwitz gibt zu bedenken, dass ALDI dann möglicherweise den Standort ganz aufgeben könnte.</p> <p>Stadtrat Kosmehl fragt nach dem Baustand in der Thalheimer Straße.</p> <p>Laut Herrn Hermann gab es eine Bauzeitverlängerung bis spätestens Februar.</p> <p>Stadtrat Krillwitz spricht das ehemalige Modehaus an.</p> <p>Herr Hermann kann dazu keinen neuen Sachstand mitteilen.</p>	
zu 13	Schließung des öffentlichen Teils	
	<p>Der Vorsitzende des Ausschusses schließt den öffentlichen Teil um 20.22 Uhr. Zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird eine kurze Pause gemacht.</p>	

gez.
Armin Schenk
Ausschussvorsitzender

gez.
Thomas Bauermann
Protokollant